



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Medienmitteilung vom 21. April 2026

Milliarden für einen Blindflug: Offengelegte Impfstoffverträge entlarven grob-fahrlässigen Deal des Bundes

Das Aktionsbündnis freie Schweiz hat die endlich öffentlich einsehbaren Verträge mit Covid-Impfstoff-Herstellern einer juristischen Analyse durch renommierte Fachanwälte unterziehen lassen und präsentiert die Ergebnisse an einer Medienkonferenz vom Dienstag in Bern. Die Ergebnisse sind erschütternd. Obwohl ihr Zweck dem angeblichen Schutz der Gesundheit vor der Covid-Pandemie gilt, enthält keiner der Verträge irgendwelche Verpflichtungen für die Hersteller, ein wirksames oder sicheres Produkt abzuliefern, im Gegenteil. Die Haftungsrisiken liegen einseitig beim Staat und den Steuerzahlern. Nationalrat Rémy Wyssman, der die Offenlegung juristisch erkämpft hat, fordert, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden – inklusive verjährungsunterbrechende Massnahmen – und dass die Haftung für leitende und prüfende Kader der Bundesverwaltung verschärft wird, damit derart katastrophal verhandelte Verträge zum Schaden der Steuerzahler und der Bevölkerung künftig verhindert werden können.

Die nach Jahren juristischen Ringens gegen die Dunkelkammerpolitik des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) endlich ungeschwärzt vorliegenden Verträge mit den Herstellern Moderna und Novavax bestätigen und übertreffen die schlimmsten Befürchtungen. Sie sind äusserst nachteilig für die Schweizer Steuerzahler und die Bevölkerung. Rechtsanwalt Philipp Kruse, der die Verträge für das Aktionsbündnis freie Schweiz juristisch analysiert hat, spricht von «höchst problematischen Inhalten». Obwohl der Zweck dieser Verträge dem Schutz der Gesundheit vor der Covid-Pandemie gelte, enthalte «keiner der Verträge irgendwelche Verpflichtungen für die Hersteller, ein wirksames oder ein sicheres Produkt abzuliefern, im Gegenteil: Der Bund

anerkennt vertraglich, dass er über die Risiken der kurzfristigen Herstellungsprozesse voll im Bild ist, diese Risiken aber aufgrund angeblich noch grösserer Pandemierisiken akzeptiert».

Steuerzahler müssen Kopf hinhalten

Darüber hinaus hat sich der Bund verpflichtet, die Hersteller im Falle von Schadenersatz- oder Strafklagen von dritter Seite zu 100 Prozent schadlos zu halten, sowohl für die Anwalts- und Gerichtskosten als auch für allfällige Schadenersatzleistungen.

Das Gesamtvolumen dieser Kaufverträge liegt bei weit über einer Milliarde Franken und würde eine mehrfache Impfung der gesamten Bevölkerung erlauben. «Im Rahmen dieser extrem einseitigen Risikoverteilung sind die Hersteller völlig frei, ob sie den eigentlichen Zweck des Vertrages – Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Pandemie-Risiken mit wirksamen und sicheren Produkten – sicherstellen oder eigenmächtig unterlaufen wollen. Sie haben Carte Blanche», so Kruse.

Verdacht auf Veruntreuung

Diese massive Asymmetrie vertraglicher Risiken zulasten des Staates und der Steuerzahler wirft Fragen auf:

- Hat der Bundesrat hier zwingende Grundsätze des Beschaffungsrechts verletzt?
- Hat der Bundesrat dem Parlament wesentliche Inhalte dieser Verträge zu Unrecht unterschlagen?
- Hat der Bundesrat die Interessen der Schweizer Bevölkerung verletzt, indem er Steuergelder in der Höhe von über einer Milliarde Franken für Präparate bezahlt hat (und für übermässig grosse Quantitäten dieser Präparate), für welche



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

der erforderliche Nutzen und Gegenwert von vornherein äusserst fraglich war (Stichwort «Nonvaleur»)?

- Wurden allenfalls Steuergelder veruntreut, im Sinne von Art. 138 Abs. 2 des Strafgesetzbuches?

Öffentliches Handeln muss sich, auch in Krisensituationen, auf einem erwiesenen Handlungsbedarf und auf Verhältnismässigkeit stützen. Spätestens beim Zeitpunkt der Beschaffung war die Annahme einer lebensbedrohlichen Pandemie für die gesamte Bevölkerung falsch: 95% der an Covid-19 Verstorbenen waren über 65 oder vorerkrankte Menschen. Nur dank einer solchen falschen Annahme konnte diese extrem einseitige vertragliche Regelung gerechtfertigt werden.

Bundesrat täuschte Bevölkerung

Der Bundesrat zog es jedoch vor, die Bevölkerung durch Vortäuschen falscher Sicherheit, Wirksamkeit und Notwendigkeit – insbesondere zur Tatsache des experimentellen Charakters der Covid-Präparate – wider besseres Wissen in die Irre zu führen. Die Hersteller haben von Anfang an deutlich gemacht, dass sie nicht garantieren, dass die Impfstoffe sicher und wirksam sind.

Der Bundesrat hätte die Verträge darum auf keinen Fall bis heute in wesentlichen Teilen geheim halten dürfen. «Unter all diesen Umständen besteht ohne öffentlichkeitswirksame, politische Aufarbeitung eine jederzeitige Wiederholungsgefahr», betont Kruse.

«Grob-fahrlässiger Umgang mit Gesundheit und Steuergeld»

Nationalrat Rémy Wyssmann (SVP), beruflich auf Haftungsrecht spezialisierter Anwalt, kritisiert: «Die Impfstoff-Verträge wurden tel quel unterzeichnet. Es wurde nicht einmal versucht, die heiklen Klauseln zu streichen.»

Die Folgen seien fatal: «Wirksamkeit weg, Haftung weg, Gesundheit weg, Geld weg. Und das in Milliardenhöhe.» Wer solche Verträge prüfe und blind unterzeichne, müsse dann auch dafür geradestehen, wenn das Versagen ans Tageslicht komme. «Es darf nie wieder einen solchen Machtmissbrauch durch solche Knebelverträge geben, die alle Macht und alle Vorteile dem Hersteller überlassen», so

Wyssmann. «Das ist ein grobfahrlässiger Umgang mit Gesundheit und Steuergeld in Milliardenhöhe.»

Verschärfung der Haftung bei Bundes-Kadern gefordert

Wyssmann kündigt deshalb an, in der kommenden Sondersession der eidgenössischen Räte drei Vorstösse mit diesen Forderungen einzureichen:

- Alle Verträge müssen vollständig offengelegt werden, nach dem Prinzip «access to one, access to all». Auch die Schwärzungen im Pfizer-Vertrag.
- Bei den Verantwortlichen im Bund müssen umgehend verjährungsunterbrechende Massnahmen eingeleitet werden, damit die Haftungs- und Regressansprüche wirksam bleiben.
- Damit solche Fehler in Zukunft nicht mehr passieren, muss die Haftung für das leitende und prüfende Kader in der Bundesverwaltung verschärft werden. Nach geltendem Recht haften Bundesangestellte faktisch nicht für Schäden, die sie angerichtet haben.

Parlamentarische Prüfung und Kontrolle

Das Aktionsbündnis freie Schweiz unterstützt diese dringend notwendigen Reformen bei Verantwortung und Haftung und fordert ausserdem:

- Eine vollständige und korrekte Information durch Bundesrat und BAG über die Covid-Impfstoffe. Noch heute werden sie faktenwidrig als «sicher und wirksam» gepriesen.
- Eine Unverzügliche **nachträgliche parlamentarische Prüfung und Kontrolle** (Einsetzung einer Geschäftsprüfungskommission etc.) zu den Themen Nonvaleur, Veruntreuung, Umgang mit experimentellen und nicht erprobten Pandemie-Produkten.
- Eine gesetzliche Pflicht verstärken zum **Einbezug des Parlaments** in analogen Fällen.

Für Fragen stehen wir gerne zu Verfügung. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website <https://abfschweiz.ch/news/>.

